

Unsere Orientierung in NRW bis zu den Landtagswahlen 2010 Unsere Politik gegenüber der SPD und den Grünen

Je näher die Landtagswahlen in NRW rücken, desto öfter wird man uns fragen, wie wir es mit der SPD halten bzw. ob wir bereit sind, mit der SPD (oder auch den Grünen) zu regieren. Wir befinden uns wahlpolitisch und in Bezug auf die Gewinnung von Mitgliedern noch im Aufwind. Die politischen Gegner und die Medien werden jedoch versuchen, uns ins Abseits der Politikunfähigkeit zu stellen. Aus diesem Grunde können wir auf die Regierungsfrage nicht einfach antworten: „Mit uns nicht!“ Natürlich können und müssen wir sagen, dass wir Opposition sind, Opposition gegen Sozialabbau, gegen Privatisierungen öffentlichen Eigentums, gegen Umweltzerstörung, gegen die Kriegspolitik, gegen die ganze vorherrschende neoliberale Politik. Das können wir sehr gut begründen. Aber das genügt nicht.

Deshalb kommen einige Genossinnen und Genossen auf die Idee, so genannte Mindestbedingungen zu formulieren, bei deren Annahme wir dann doch bereit wären, mitzuregieren oder eine Minderheitsregierung zu tolerieren. Das ist ein gefährlicher Weg. Er erinnert an den Weg, den die Grünen seinerzeit auch hier in NRW gegangen sind, womit sie ihren oppositionellen Charakter schnell verloren und sich schließlich der SPD und der Politik im Interesse des Kapitals überhaupt angepasst haben. Wenn wir so genannte Mindestbedingungen, sozusagen eine abgespeckte Version unserer Positionen formulieren, kann diese abgespeckte Position leicht zur Verhandlungsmasse werden, man treibt uns im Namen der „Politikfähigkeit“ vor sich her, und schließlich werden wir die gute Sache, für die wir stehen, die Sache der abhängig Beschäftigten und der benachteiligten Menschen, für einige Ministerposten verkaufen. Das darf nicht sein!

Wir müssen eine Politik machen, die sich darum bemüht, die Kräfteverhältnisse und damit auch die Mehrheitsverhältnisse in dieser Gesellschaft zu ändern. Das aber geht nur, wenn eine große Zahl von Menschen aktiv wird, wenn sich Millionen für die eigenen Interessen mobilisieren. Solange wir eine Minderheit sind, müssen wir eine Politik machen, die diese Mobilisierung begünstigt. Nicht wir müssen uns von der SPD und den Medien treiben lassen, sondern wir müssen umgekehrt dafür sorgen, dass die SPD durch uns und aus den Betrieben, den Stadtteilen und von der Straße unter Druck gerät. Darum sollten wir auch bzgl. der Regierungsfrage deutlich machen, dass wir bereit sind, uns nur an Regierungen zu beteiligen, die im Interesse der abhängig Beschäftigten, der Erwerbslosen, der Rentnerinnen und Rentner, der Frauen und der Jugend handeln und die auch bereit sind, die gesellschaftlichen Verhältnisse grundlegend zu verändern.

Um klar zu machen, worum es uns geht, sollten wir keine Minimalbedingungen aufstellen, sondern eine Art Dringlichkeitsprogramm aus etwa fünf unserer wichtigsten Forderungen und Vorschläge aufstellen, die zugleich an den Wahlkampfaussagen, den Versprechungen und dem Programm der SPD und der Grünen anknüpfen, so dass der Ball in deren Lager gespielt wird. Sie sollen unter den Druck kommen, erklären zu müssen, warum sie nicht bereit sind, diese wichtigen Forderungen umzusetzen.

Die Stunde der Wahrheit ist nicht der Abend nach der Wahl. Die Stunde der Wahrheit ist jetzt. Wir warten nicht bis 2010! Die SPD und die Grünen sind heute in NRW in der Opposition. Wir müssen sie hier und heute - öffentlich - fragen, ob sie bereit sind, mit uns gemeinsam für diese absolut dringlichen Forderungen im Interesse der betroffenen Menschen, die ein Recht auf ein lebenswertes Leben haben, Initiativen zu entwickeln, auf die Straße zu gehen, zu demonstrieren und Bürgerbegehren zu initiieren bzw. zu unterstützen.

Wenn SPD und Grüne dazu nicht bereit sind, dann deshalb, weil sie offenbar weiterhin eine Politik im Interesse des Kapitals mit einer fortgesetzten Umverteilung von unten nach oben betreiben wollen. Die Frage stellt sich dann allerdings für uns, warum wir dann bereit sein sollten, im Jahr 2010 mit ihnen zusammen zu regieren oder eine von ihnen gestellte Regierung zu stützen?

Wenn wir glaubwürdig bleiben wollen für die Menschen in diesem Land, die Hoffnungen auf uns setzen, dürfen wir nur Maßnahmen unterstützen, die im Interesse der großen Mehrheit der Bevölkerung liegen. Wir dürfen keine Verantwortung für eine Politik übernehmen, die den Interessen des Kapitals dienen.

- Die SPD geht mit der Forderung nach einem Mindestlohn in den Wahlkampf. Diese Forderung kommt von den Gewerkschaften und von unserer Partei. Ein gesetzlicher Mindestlohn darf kein Hungerlohn sein. Ein gesetzlicher Mindestlohn, der diesen Namen verdient, muss durchgesetzt werden gegen den Willen der Unternehmen, durch eine branchenübergreifende Mobilisierung der Beschäftigten. Dazu gehört darüber hinaus der Kampf für ein Existenzminimum bei allen sozialen Leistungen, denn diese garantieren einer wachsenden Zahl von Menschen kein menschenwürdiges Leben mehr. Dazu gehört auch der Kampf um Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich, um gegen die Erwerbslosigkeit anzugehen und Zeit fürs Leben zu gewinnen.

- Die SPD sagt, dass sie die Mitbestimmung verteidigt und für mehr Mitbestimmung am Arbeitsplatz ist. Das Landespersonalvertretungsgesetz, das Gesetz, das die Mitbestimmung im Öffentlichen Dienst regelt, ist von der CDU/FDP-Koalition novelliert worden. Führende Vertreterinnen und Vertreter der SPD haben auf den Protestkundgebungen versprochen, die Verschlechterungen wieder rückgängig zu machen, falls sie wieder an die Regierung kommt. Auch die Grünen haben dies – wenn auch zurückhaltender formuliert – deutlich gemacht. Ist die SPD aber auch dazu bereit, hier und heute mit uns und dem DGB gemeinsam ein Landespersonalvertretungsgesetz zu entwickeln, das die Mitbestimmung im öffentlichen Dienst ausbaut?

- SPD und Grüne versprechen, die Bildung voranzubringen. Die neue so genannte Ganztagschule ist ein Flickwerk. Die offiziell geltende Lehrmittelfreiheit ist vielfach durchlöchert. Die besten Chancen haben – mit zunehmender Tendenz – die Kinder reicher Eltern. Die schlechtesten Chancen haben die Kinder armer und ärmerer Eltern, vor allem diejenigen mit Migrationshintergrund. Das alles muss dringend geändert werden. Wir brauchen eine kostenlose Bildung für alle und somit u. a. auch die sofortige Abschaffung der Studiengebühren.

- Die Energiepreise explodieren, es profitieren die großen Konzerne. Die Energieproduktion auf der Basis von Erdöl ist ökologisch unverantwortlich und in keiner Weise zukunftsfähig. Neue Wege müssen eingeschlagen werden - im Interesse der kommenden Generationen. Ein solcher existenziell für die gesamte Gesellschaft wichtiger Bereich darf nicht profitorientierten Unternehmen überlassen werden. Zumindest das Stromnetz muss endlich vergesellschaftet werden. Das bedeutet: nicht einfach verstaatlicht, sondern unter gemeinsamer demokratischer Kontrolle der dort beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie der Nutzerinnen und Nutzer im Interesse der Gesellschaft verwaltet. Die Energieversorgung muss kommunalisiert und vom Zwang, betriebswirtschaftlich Gewinne abzuwerfen, befreit werden.

- Der Privatisierungswahn muss gestoppt werden. Die SPD fordert in ihrem Parteiprogramm den „demokratischen Sozialismus“. Wir fordern, dass gesellschaftliche Aufgaben in gesellschaftliche Verantwortung gehören. Das ist ein erster Schritt. Wird der nicht getan, dann ist das Gerede von sozialer Gerechtigkeit und demokratischem Sozialismus nur ein Täuschungsmanöver. Gesundheit darf keine Ware sein. Daseinsvorsorge darf nicht zur Ware werden. Öffentlicher Verkehr und Bildung müssen Sache der Gesellschaft bleiben oder wieder werden. Statt der „Privatisierung der Gesellschaft“ zu Gunsten der Profite brauchen wir demokratische Selbstverwaltung. Der Verkauf öffentlichen Eigentums muss verhindert werden und bereits verkaufte Betriebe müssen wieder in die öffentliche Hand rückgeführt werden.

Angeichts einer solchen Initiative werden die SPD und die Grünen antworten, dass dies alles nicht finanzierbar sei. Aber wenn die Steuergesetzgebung im Bund zugunsten der Mehrheit der Bevölkerung geändert, z. B. die Vermögensteuer wieder eingeführt sowie in NRW eine ausreichende Zahl an Steuerfahndern und Betriebsprüfern eingestellt würden, wäre das alles finanzierbar. Das hat ein entsprechendes Pilotprojekt der alten SPD/Grünen-Regierung in NRW gezeigt. Die Gewerkschaft ver.di hat es mit einer umfassenden Studie bewiesen. Dann wird die SPD sagen, das alles sei aber nicht durchsetzbar. Aber warum ist es nicht durchsetzbar? Weil darauf verzichtet wird, die Millionen gegen das Kapital und die Millionäre zu mobilisieren und eine Umkehr der nun so lange schon vorherrschenden Umverteilung von unten nach oben durchzusetzen.

Wir müssen wir der SPD und auch den Grünen sagen: Ihr behauptet, dass ihr für eine sozial gerechte und ökologisch verantwortliche Gesellschaft eintretet. Dann mobilisiert auch mit uns gemeinsam für dieses Dringlichkeitsprogramm, um die Kräfteverhältnisse und die

Mehrheitsverhältnisse in dieser Gesellschaft grundlegend zu ändern und eine solche Umgestaltung der Gesellschaft durchzusetzen.

Um gegenüber der SPD und den Grünen in die Offensive zu kommen, wäre zum Beispiel ein „Offener Brief“ denkbar, in dem wir sie auffordern, mit uns, den Gewerkschaften, den Sozialverbänden und den sozialen Bewegungen gemeinsam zu den fünf oben erwähnten Themen zu mobilisieren. Diese Initiative könnten wir dann in einer Pressekonferenz den Medien und der Öffentlichkeit vorstellen.

Wolfgang Zimmermann